LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 16. Jahrgang **Monat Dezember 2010** **Preis: Spende**

So gesehen...

... wird es als Sozialist, ob Parteigänger oder nicht, immer schwieriger, die eigene politische Richtung zu behalten, ohne dabei völlig durchzudrehen oder seine Ziel von Jahr zu Jahr niedriger zu stecken. Am Anfang sollte die Weltrevolution innerhalb der nächsten drei Tage stattfinden, damit wir rechtzeitig, wenn St. Pauli wieder versucht Fußball zu spielen, vor der Glotze hängen können. Dann verständigt man sich mit seinen Mitstreitern auf andere Ziele: Weltrevolution kommt sowieso nicht, der Niedergang des Ostblocks nach 70 Jahren hat sehr stark dazu beigetragen, dass die Sozialisten und Kommunisten in diesem Land ihre Ziele ein wenig nach unten korrigiert haben. Anders als in Griechenland, Frankreich, Portugal ist es in Deutschland eben nicht normal, in einer linken, sozialistischen oder gar, bei Gott, in einer kommunistischen Partei zu sein. Ein Teil des Klassenkampfes von oben widmet sich ausschließlich den Strömungen um alles, was links und alternativ zu dieser Gesellschaft eingestellt ist. Ein kluges Wort, schon ist man Kommunist. Und Kommunist ist in etwa das Selbe wie Satan, Luzifer oder solch Gedöns für den Gegenspieler Gottes unter der Erde. Früher waren die Leute schnell bei der Sache mit solchen geflügelten Worten wie: „Geht doch in die Sowjetunion, wenns Euch hier nicht passt…“ Jetzt heißt es Kuba oder Nordkorea. Typisch. Freiheit postulieren und schon bei der Freiheit des Gedankens und des Wortes, hört ganz schnell wieder auf, wenn Gedanken und Worte nicht der Leitkultur unserer bayrisch/katholischen Vordenker entsprechen. Glücklicherweise verstehe ich nur sehr wenig von dem, was diese Menschen in ihrer mundartlichen gefärbten Sprache zum Ausdruck bringen. Dabei befremdet mich die permanente Forderung der Bayern nach einem Sprachtest für Ausländer am allermeisten. Welcher Mensch aus Bayern besteht diesen Test denn? Laut Rainer Brüderle ist es in Bayern ja so, wenn jemand aus der CSU kommt, ne Menge Bayern sollen in dieser Partei sein, muss man froh sein, wenn derjenige lesen und schreiben kann. Quelle: Wikileaks.org. Das ist ein Umgang miteinander, sagenhaft. Und das passiert auf allen Ebenen des deutschen Parlamentarismus. Im Stadtrat Arnstadt will man uns mit Knüppeln vor die Tore der Stadt jagen, auf die Frage, wer das im Falle meiner Person sein soll, der mich vor die Tore prügelt, schuldet der Urheber dieses verbalen Durchfalls bis heute die Antwort. Im Landtag werden wir solange ignoriert und durchgereicht, dass man unweigerlich das Gefühl bekommt, es gäbe die größte Oppositionspartei, nach Wählerstimmen die zweitstärkste politische Kraft Thüringens überhaupt nicht. Im Bundestag stellen wir Anträge und halten tolle Reden, aber in der Tagesschau wird darüber berichtet, wie schlimm die Autobahnen gefroren sind, und nicht darüber, dass Gregor dem Haus mal wieder vorgerechnet hat, wie die Schwächsten der Schwachen, behinderte Menschen, Kranke erneut durch die Gesetzgebung gef… werden . Das alles, weil wir die Neokommunisten sind, die Gestrigen, in den Augen der Herrschenden. Aber gut so, würden die uns loben, machten wir wahrscheinlich noch mehr verkehrt. Man lässt uns solange gewähren, bis wir anfangen, den Finger in die richtigen Wunden zu legen. Wann das sein wird, frage ich mich seit ich Mitglied geworden bin. Von oben betrachtet, befinden wir uns auf einem Rückwärtsgang in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das ist echt schwer zu akzeptieren. Partielle Höhepunkte auf dieser Welt halten uns davon ab, aufzugeben. Zum Beispiel die Besetzung der Akropolis. Oder, heute am 7. Dezember hat ein berühmter Franzose, der Fußballer Eric Cantona dazu aufgerufen, alles Geld vom Konto abzuheben und die Banken dadurch ihrer Liquidität zu berauben. Netter Gedanke. Hat nur einen Haken, die meisten die diese Idee gut finden, haben einfach zu wenige Einlagen, um die Banken wirklich arg zu beuteln. Wenn die alle so viel Geld haben wie der Fußballer und dann abheben, vielleicht.

Was passiert, wenn wir die kapitalistischen Grundfesten angreifen, wird sehr deutlich im Zuge des Fluglotsenstreiks in Spanien. Die Fluglotsen in Spanien sollen einen erheblichen Teil des Bankenrettungsplanes durch eigenen Verzicht erbringen. Dagegen wollten sie streiken. Der Luftverkehr kam völlig zum Erliegen. Jetzt war die spanische, sozialdemokratische Regierung am Zug. Sie verhängte den Notstand. Von einer Minute auf die andere sind alle Fluglotsen Militärangehörige und werden nach Militärrecht behandelt, ohne echte Militärs zu sein. Was wird wenn die Eisenbahner, Taxi- oder Busfahrer streiken? Es braucht also nur eine korrupte neoliberalen Regierung die sofort, wenn das Volk versucht seine Rechte mit den verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen, den Notstand ausruft und eine Militärdiktatur einsetzt, um sämtliche Massenbewegungen im Keim durch militärische Gewalt niederzuhalten.

Ein "Hoch" auf die parlamentarische Demokratie. Pfui.

Mama

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

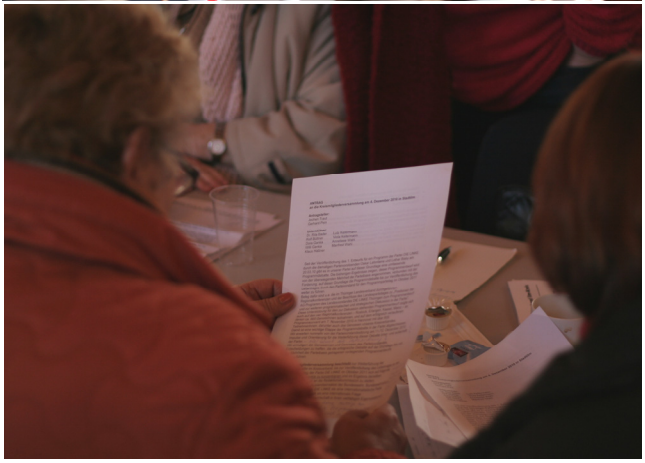
Petermann, Jens
Alter: 47
BO: Arnstadt West

*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.

Inhalt:

Kreismitgliederversammlung am 4. Dezember in Stadtilm	Seite 3
Beschluss	Seite 4
Seniorenpolitische Leitlinien: die Grundlage für unsere Aufgaben	Seite 5
Veranstaltungen	Seite 6
Keine ökologische Steuerungswirkung absehbar	Seite 7
Nach dem Offenbarungseid - Rücktritt nur konsequent!	Seite 7
Historische Ereignisse – Zum Umgang mit Erinnerungen, Geschichtsfälschungen und runden Jahrestagen von geschichtlichen Ereignissen	Seite 8
kommt alle am 12. Dezember nach Kirchheim!	Seite 9
Boulevard, Frau Rice und die wundersame Biegsamkeit der Wahrheit	
Internationalismus an Ilm und Gera	Seite 11
Termine	Seite 12

Kreismitgliederversammlung am 4. Dezember in Stadtilm



Eisige Temperaturen draußen und nur ein sehr mäßig temperierter Rathaussaal waren alles andere als günstige äußere Bedingungen für eine Kreismitgliederversammlung am 4. Dezember 2010 in Stadtilm. Aufgewogen von der sehr guten Verpflegung und musikalisch umrahmt von Arbeiterkampfliedern entwickelte sich dennoch eine konstruktive und sachliche Arbeitsatmosphäre. Als prominenter Gast konnte Jens Petermann, unser Bundestagsabgeordneter, begrüßt werden.
Die Bilanz der Jahres 2010 stand im Mittelpunkt des Berichtes des Kreisvorsitzenden. Herauszuheben sind die teils sehr guten Ergebnisse bei den Bürgermeisterwahlen. 2010 haben wir 2 neue Bürgermeistersitze erreicht, in Liebenstein Albrecht Dürer und in Frankenhain Hans - Georg Fischer. Reiner Hornschuh hat in Wildenspring die Nachfolge von Reiner Bergmann angetreten, Petra Enders hat ihr Amt in Großbreitenbach verteidigt und in Witzleben ist Heidrum Krebs nur denkbar knapp gescheitert.
Zur Bilanz gehörte die Aufnahme von 16 neuen Mitgliedern in die Partei. Nach 19 im Jahr 2009 erneut eine erfreuliche Anzahl. Damit konnte das Durchschnittsalter der Mitglieder leicht gesenkt werden. Erfreulich auch die Tatsache, dass wir die Finanzen im Griff haben. Davon konnte in gewohnt kritisch - sachlicher Art Schatzmeister Klaus Häßner berichten. Die einstimmige Entlastung des Vorstandes und der einstimmige Beschluss des Finanzplanes für das Jahr 2011 bestätigten den Kurs des Kreisvorstandes.
Ergänzt wurde der Bericht des Kreisvorsitzenden durch unseren Jugendsprecher Alexander Storm.
Der Kreisvorstand stellte eine neue Geschäftsordnung für die Kreismitgliederversammlung zur Abstimmung.
Jochen Traut, Gerhard Pein unterstützt von anderen GenossInnen beantragten die Fortführung der Programmdebatte.
Mit einer Urkunde und einem Büchergutschein wurden geehrt: Ewald Hörnlein, Franz Rohm, Rolf Büttner und Herbert Bachmann.
Im kommenden Jahr müssen Entscheidungen fallen. Mit Blick auf 2012 anstehende Wahlen zum Landrat oder der hauptamtlichen Bürgermeister geht es darum, entsprechende Persönlichkeiten zu finden, die sich dieser Aufgabe stellen werden. Als mögliche Kandidatin für die Funktion des Landrates ist Petra Enders im Gespräch. In Arnstadt sollte DIE LINKE eine eigene Kandidatin oder einen eigenen Kandidaten aufstellen und für Ilmenau sei zu überlegen, wie belastbar das soziale Bündnis für einen gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten sei.

Für 2011 sind folgende Schwerpunkte Inhalt der Arbeit des Kreisvorstandes:

- Erfahrungsaustausch und Schlussfolgerungen zum Mitgliederleben in den Stadtverbänden der Linken in Arnstadt und Ilmenau.
- Weitere Qualifizierung der Arbeit der Kreistagsfraktion.
- Integration neuer Mitglieder in das Parteileben.

Fortführung und Abschluss der Programmdebatte.

Eckhard Bauerschmidt

Beschluss

der Kreismitgliederversammlung am 4. Dezember 2010 in Stadtilm

Seit der Veröffentlichung des 1. Entwurfs für ein Programm der Partei DIE LINKE durch die damaligen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky am 20.03.10 gibt es in unserer Partei auf dieser Grundlage eine umfassende Programmdebatte. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dieser Programmentwurf wird von der überwiegenden Mehrheit der Parteibasis angenommen, verbunden mit der Forderung, auf dieser Grundlage die Programmdebatte bis zur Veröffentlichung des Leitantrages durch den Parteivorstand für den Programmparteitag im Oktober 2011 weiter zu führen.
Beleg dafür sind u.a. die im Thüringer Landesverband durchgeführten Regionalkonferenzen und der Beschluss des Landesparteitages zu „Positio-nen der AG Programm des Landesvorstandes DIE LINKE.Thüringen zum Programmentwurf und zur weiteren programmatischen und strategischen Diskussion in der Partei".
Diese Unterstützung für den zur Diskussion stehenden Programmentwurf zeigte sich auch auf den vier Regionalkonferenzen – Rostock, Erlangen, Kassel, Mainz – an denen ca. 900 GenossInnen teilnahmen, und auf dem erfolgreich verlaufenen Programmkonvent am 7. November 2010 in Hannover mit über 600 TeilnehmerInnen, darunter auch drei Genossen unseres Kreisverbandes.
Damit ist eine wichtige Etappe der Programmdebatte in der Partei abgeschlossen. Wir erwarten nunmehr von der Parteivorstandssitzung am 11./12. Dezember 2010 Impulse und Orientierung für die Weiterführung dieser Debatte inner- und außerhalb der Partei.
Wir ermutigen die Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes, Entscheidungen zu treffen, die die erfolgreiche Debatte auf der Grundlage des von der Mehrheit der Parteibasis getragenen vorliegenden Programmentwurfs weiterzuführen.

Die Kreismitgliederversammlung beschließt zur Weiterführung der Programmdebatte im Kreisverband, bis zur Veröffentlichung des Leitantrages an den Programmparteitag der Partei DIE LINKE im Oktober 2011:

1. Die weiteren Debatten im Kreisverband sollten in enger Zusammenarbeit mit Referenten der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit GenossInnen der AG Programm des Landesvorstandes DIE LINKE.Thüringen, Mitgliedern des Partei- und Landesvorstandes Die LINKE, Abgeordneten mit dem Mandat DIE LINKE, des Deutschen Bundestages und des Thüringer Landtages erfolgen

2. Der Kreisvorstand DIE LINKE. Ilm-Kreis wird beauftragt, sich in seinen monatlichen Beratungen in einem ständigen Tagesordnungspunkt bis zum Programmparteitag im Oktober 2011 mit dem Stand der Programmdebatte im Kreisverband zu verständigen und dazu die erforderlichen Festlegungen zu treffen.

Einladung zur Weihnachtsfeier

Liebe Genossinnen und Genossen !

Auch in diesem Jahr wollen wir das Jahr in gemütlicher Runde abschließen. Dazu laden wir Euch und Eure Partner / Ehepartner

am Sonnabend, den 11.12. 2010, um 14.30 Uhr in das Bachhaus Arnstadt in der Kohlgasse

recht herzlich ein. Nach der Führung durch das Informationszentrum treffen wir uns gegen 15.00 Uhr im Gärtnerhäuschen im Schlosspark, um bei Kaffee und Stollen das Jahr 2010 ausklingen zu lassen.

Seniorenpolitische Leitlinien: die Grundlage für unsere Aufgaben

Es ist eine Tatsache, die Altersstruktur unseres Stadt– und Kreisverbandes wirkt sich auch auf die Arbeitsweise, vor allem die Arbeitsweise der Basisorganisationen unserer Partei aus.
Deshalb rückt für die AG-Senioren die Arbeit mit den älteren Genossinnen und Genossen immer mehr in den Mittelpunkt. Dieser Umstand war schon des öfteren Thema auf den Arbeitsberatungen der AG-Senioren. Der Arbeitsplan bildet eine Grundlage zu unterschiedlichsten Maßnahmen der gezielten Seniorenarbeit. Unterstützend hierbei wirken die seniorenpolitischen Leitlinien der Partei und auch die im Moment angeschobene Programmdebatte.
Ein Hauptschwerpunkt unserer Arbeit ist es, älteren Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
Durch selbständig organisierte Veranstaltungen der AG-Senioren unterstützen wir die politische Arbeit des Stadtverbandes Arnstadt.
Dabei werden wir vor allem die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden aus der Region weiter ausbauen. Erste Ansätze hierbei sind die Kooperation mit der Volkssolidarität Arnstadt Ost und die Arbeit mit dem Ortsverband des BRH-Arnstadt. Ein weiteres Vorhaben der AG-Senioren ist die stärke Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat der Stadt Arnstadt. Im Januar 2011 gibt es ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Beirates. Ausgehend von den Regionalkonferenzen und Programmparteitagen unserer Partei DIE LINKE. wird es auch bei der AG-Senioren auf den nächsten Veranstaltungen verstärkt um das Thema Programmdebatte gehen. Hier ergibt sich die Chance, jahrzehntelange Erfahrungen aus der Partei mit in die Programmdebatte einfließen zu lassen.
Hier noch ein Hinweis auf die nächsten zwei Veranstaltungen der AG-Senioren in Arnstadt:

Am 24. 01. 2011
findet um 14.00 Uhr
in der Gaststätte „Platte“;
Rudolstädter Straße
ein Vortrag zu Thema: „Soziale Fragen im
Ilm-Kreis“ statt.
Es referiert
Herr Habermann vom
Sozialamt Ilm-Kreis.

und

am 07. 02. 2011
findet um 14.00 Uhr
in der Gaststätte „Platte“;
Rudolstädter Straße
ein Vortrag zu Thema:
„Sicherheit im Alter“ statt.
Es referiert ein Vertreter der Polizeiinspektion Gotha.

Zu beiden Veranstaltungen möchte ich alle interessierten Menschen recht herzlich einladen.

Für den Stadtverband der
AG-Senioren
Rolf BüttnerVors. Der AG

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.01. 2011. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

Veranstaltung mit Harald Thome

Bereits zum 3. Mal führte das Kommunalpoltische Forum und das DGB Bildungswerk eine Bildungsveranstaltung zu den Änderungen im SGB II und SGB XII durch. Bei fast 90 Teilnehmern wurde dabei der Referent Harald Thome mit Fragen durch die Teilnehmer gelöchert.
Schwerpunkt der Veranstaltung bildete das neue Regelbedarfsermittlungsgesetz – genauer gesagt, dessen Entwurf, denn verabschiedet sind die neuen Gesetzlichkeiten noch nicht – aber informieren und beraten müssen sich die Betroffenen bereits jetzt, denn die ersten ARGEN verschicken bereits neue Bescheide zur Anrechnung von Einkommen, wie z.B. zum Elterngeld, ab 01.01.2011, das dann voll als Einkommen mit angerechnet wird. Aber nicht nur dort sind Änderungen zu erwarten, auch bei der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen – egal welcher Art und woher – und selbst Darlehen, werden dann als Einkommen angerechnet.
Wie sich das auf ehrenamtliche Arbeit, die geleistet werden muss, auswirken wird, ist abzuwarten. Eins steht jedoch fest, zum Jahr des Ehrenamtes 2011, dürfte dies wohl kein Beitrag sein und Menschen, die sich bisher ehrenamtlich in die Gesellschaft eingebracht haben, dürfte dies wohl kaum zu höheren Aktivitäten mobilisieren. Man hat das Gefühl, dass Menschen, die mit HARTZ IV auskommen müssen, bewusst mit solchen Maßnahmen immer mehr ins soziale Abseits gedrängt werden sollen. Irgendwer müssen schließlich die „Buuh-Männer und Frauen „ der Nation werden - warum dann nicht die sozial Schwächsten und die, die sich am wenigsten wehren und wehren können. Das dies so bleibt, wird mit einem monatlichen Bildungsbedarf von 1,39 € im Regelsatz für Erwachsene weiter voran getrieben. Man kann nicht sagen, das die Bundesregierung nichts für die Bildung von HARTZ IV-Empfängern übrig hat!
Auf eine weitere wichtige Änderung machte uns Harald Thome aufmerksam. Die Leistungen aus dem „Bildungspaket“ bis auf das Schulpaket müssen alle vor Inanspruchnahme beantragt werden – beantragt man zu spät, gibt es rückwirkend nichts!
Abschließend erläuterte Brigitte Baki vom DGB Hessen/Thüringen noch einige Fragen zum Bürgergeld und zu Optionskommen und zu den Aktivitäten des „Heißen Herbstes“ und Harald forderte die Anwesenden auf, ihre Bundestagsabgeordneten mit Anfragen zu ihren Abstimmungsverhalten zu konfrontieren.
Ein Weiterbildungstag, der wie im Flug verging und doch blieben wie immer einige Fragen offen und nicht alles konnte geklärt werden. Aber zum Glück, ist auch im Jahr 2011 wieder ein fester Termin mit Harald Thome eingeplant.

Cornelia Wanderer

Stadtratsgeplauder am Polit.Tisch im LinXX.Treff

Gerade einmal acht Interessierte trafen sich am 29. November im LinXX.Treff zum Stadtratsgeplauder am Polit.Tisch, um über die haushaltspolitische Situation in Arnstadt und kommunalpolitischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Arnstadt zu diskutieren.
In der jüngsten Sitzung des Arnstädter Stadtrates am 25. November war besonders heftig zu der Frage gestritten worden, ob der Bürgermeister dem Stadtrat noch in diesem Jahr einen – notfalls ungedeckten – Haushaltsplanentwurf vorlegen solle oder nicht.
Die Stadtverwaltung schiebt die Verantwortung weiterhin dem Stadtrat zu: der möge ohne Haushaltsentwurf sagen, an welchen Stellen der Haushalt geändert werden solle, um das aktuelle Finanzloch von fast etwa 3,6 Millionen EUR zu schließen. Und ohne Haushalt werde man schon bis zum Sommer kommen und dann müsse man eben neu rechnen, so die Aussage der Verwaltung in der Stadtratssitzung.
Die jetzige Situation hat unvorhersehbare Folgen für die Stadt und ihre BürgerInnen. Ohne Haushalt sind alle so genannten freiwilligen Ausgaben für kulturelle Einrichtungen, Vereine und Verbände gefährdet. Zudem können geplante Neuinvestitionen nicht begonnen werden. Ein Antrag der Linksfraktion (der Stadtrat sollte den Bürgermeister anweisen, bis Mitte Dezember einen Haushaltsplan vorzulegen) wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, die Fraktionen von CDU und Pro Arnstadt hatten sich nicht einmal an der Diskussion beteiligt.
Direkt im Anschluss an diese Debatte, in der Bürgerfragestunde, bekamen die Stadträtinnen und Stadträte eine der direkten Auswirkungen der haushaltsfreien Situation vor Augen geführt: die Vorsitzende des Frauen- und Familienvereins machte die prekäre (für die nahe Zukunft akut gefährdete) Situation des Frauen- und Familienzentrums deutlich. Wegen der fehlenden Zusicherung einer konkret bezifferten finanziellen Unterstützung durch die Stadt ist die Förderung des Zentrums durch das Land Thüringen gefährdet – und damit die Existenz dieser für die Stadt so wichtigen soziokulturellen Einrichtung akut bedroht.
Die LINKE-Stadtratsfraktion hat mittlerweile geprüft, ob durch eine Leistungsklage beim Verwaltungsgericht Weimar der Bürgermeister zur Vorlage eines Haushaltsentwurfs gezwungen werden kann. Leider vergeblich: in dieser Angelegenheit wäre nur der Stadtrat klageberechtigt, eine Fraktion alleine nicht.
Beim Polit.Tisch bestand (insbeson-dere nach Berichten über die Haushaltsdebatte im städtischen Finanzausschuss und der Stadtratssitzung – und dem Verhalten aller anderen Fraktionen im Finanzausschuss) Einigkeit darüber, dass zum Agieren der Mehrheitsfraktionen und auch der Verwaltungsspitze im Arnstädter Rathaus mehr Öffentlichkeit hergestellt werden muss.
Dass die Berichterstattung lokaler Tageszeitungen hierfür nicht das geeignete Medium ist, war klar und wurde in den vergangenen Wochen rund um die Haushaltsdebatte mehr als deutlich.
DIE LINKE. Arnstadt und ihre Stadtratsfraktion brauchen eigene Formen der Öffentlichkeitsarbeit, waren sich alle einig: wir müssen unsere kommunalpolitischen Initiativen den Menschen vermitteln – durch Flugblätter, an Infoständen und im persönlichen Gespräch mit NachbarInnen und Bekannten.

Die TeilnehmerInnen des Polit.Tisch zum Stadtratsgeplauder verabredeten sich zu einem ersten Schritt dieser Informations- und Öffentlichkeitsarbeit: ***am Dienstag, dem 21. Dezember wollen einige von ihnen (ab 10 Uhr) mit einem Infostand am Hopfenbrunnen zum Thema Haushaltsdebatte informieren und gleichzeitig die ArnstädterInnen mit Glühwein, heißem Tee und Informationen zu LINKER Arnstädter Kommunalpolitik in die Weihnachtsferien verabschieden. Alle Arnstädter Genossinnen und Genossen sind sehr herzlich zum Treff an diesem Infostand eingeladen.***

Sabine Berninger,
Stadtvorsitzende Arnstadt

Keine ökologische Steuerungswirkung absehbar

„Die jetzt von den Bürgermeistern beschlossene Einführung einer Niederschlagsgebühr im Gebiet des WAVI Ilmenau hat keine spürbare ökologische Steuerungswirkung und erschwert die Kostentransparenz“, kritisiert Frank Kuschel, Kreistagsmitglied und Landtagsabgeordneter der LINKEN.

Trotz erheblicher Bedenken der Bürger haben die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Ilmenau (WAVI) die Einführung dieser Niederschlagswassergebühr zum 1. Januar 2011 beschlossen. Viele Bürger befürchten zu Recht, dass durch die neue Gebühr die Kostenstruktur des Zweckverbandes für die Abwasserbehandlung noch undurchdringlicher wird. Neben den Abwasserbeiträgen und den beiden Grundgebühren wird es ab dem nächsten Jahr auch die zwei Gebühren Schmutzwassergebühr und Niederschlagwassergebühr geben. Zudem wird kritisiert, dass die Niederschlagswassergebühr kaum Anreize für die schadstofffreie Versickerung des Regenwassers auf den Grundstücken bietet. So bleibt die Entsiegelung von befestigten Flächen unter 50 Quadratmetern unberücksichtigt. „Es ist zu vermuten, dass der Zweckverband über die Gebühr mehr Regenwasser für die Abwasseranlagen erfassen will, um so bisher nicht genutzte Kapazitäten auszulasten“, so Frank Kuschel weiter.

Der Zweckverband spricht vorrangig von einer Gebührenentlastung für die Mieter in den großen Neubaugebieten. Dies wird damit begründet, dass die Schmutzwassergebühr von 2,57 Euro auf 2,18 Euro pro Kubikmeter Abwasser gesenkt wird. Gleichzeitig wird eine jährliche Grundgebühr von 24 Euro und eine Einleitungsgebühr von 0,25 Euro pro Quadratmeter versiegelte Fläche für das Niederschlagswasser eingeführt. „Ob dies tatsächlich in Summe zur Gebührenentlastung führen wird, bleibt abzuwarten“, so der Kommunalexperte.

Mit dem Verweis über eine mögliche Gebührenentlastung setzt der WAVI seine Politik nach dem Motto „teile und herrsche“ fort.

„Es ist fragwürdig, die zusätzliche Belastung von Bürgern und Unternehmen durch eine neue Gebühr mit der finanziellen Entlastung anderer Bevölkerungsgruppen zu begründen“, ist der Linkspolitiker überzeugt. Dies schafft neue Spannungen, die aber mit den tatsächlichen Gegebenheiten kaum etwas zu tun haben. Auch die Mieter in den großen Neubaugebieten sind von den Abwasserbeiträgen und der neuen Niederschlagsgebühr betroffen. Die Beiträge müssen aus den Mieteinnahmen finanziert werden, so dass dieses Geld für die Unterhaltung der Gebäude fehlt. Die Niederschlagswassergebühren sind als Betriebskosten auf die Mieter „umlegbar“.

Das Land hat nun auch das Regenwasser als zusätzliche Einnahmequelle erkannt. Ab 2011 müssen die Zweckverbände für Grundstücke, bei denen das Niederschlagswasser nicht in eine zentrale Kläranlage eingeleitet wird, eine zusätzliche Abwasserabgabe zahlen. Diese Kosten werden dann wieder auf die Bürger abgewälzt. „Wenn es um das Abzocken der Bürger geht, kennt das Land offenbar keine Skrupel und Schamgrenzen“, ist Kuschel überzeugt.

Die Erhebung einer Niederschlagsgebühr ist durchaus sinnvoll, wenn dadurch wirksame Anreize für die Entsiegelung von befestigten Flächen geschaffen werden. „Dies ist aber beim WAVI bisher nicht erkennbar“, erklärt Frank Kuschel abschließend.

Nach dem Offenbarungseid - Rücktritt nur konsequent!

„Mit der Erklärung des Bürgermeisters der Kreisstadt Hans Christian Köllmer (Pro Arnstadt), weder ein Haushaltssicherungskonzept noch einen Haushaltsentwurf für 2011 vorlegen zu können, wird nicht nur die Arbeitsverweigerung und die Amtspflichtverletzung offenbar. Es stellt sich nach diesem Offenbarungseid auch die Frage, ob ein Amtsrücktritt des Bürgermeisters nur konsequent wäre“, so LINKE Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes in einer November-Pressemitteilung.

Seit Monaten wird im Stadtrat Arnstadt und den Ausschüssen um die Sicherung der finanziellen Zukunft der Stadt gestritten. Gesetzlich ist der Bürgermeister verpflichtet, dem Stadtrat entsprechende Diskussionsentwürfe vorzulegen. Doch bereits hier verweigert sich Köllmer. Er schiebt die Verantwortung dem Stadtrat zu. Der solle sagen, an welchen Stellen der Haushalt geändert werden soll, um das aktuelle Finanzloch von fast vier Millionen Euro zu schließen. „Damit wird das Haushaltsverfahren aber von den Füßen auf den Kopf gestellt“, kritisiert Frank Kuschel, Mitglied im Finanzausschuss des Landtages. „Es scheint, dass die Stadtverwaltung nicht mehr handlungsfähig ist.“

Die jetzige Situation hat unvorherzusehende Folgen für die Stadt und die Bürger. Ohne Haushalt sind alle so genannten freiwilligen Ausgaben für das Hallenbad, das Theater, die Museen, Vereine und Verbände gefährdet. Zudem können geplante Neuinvestitionen nicht begonnen werden. „Der Bürgermeister setzt so bewusst die kulturelle und soziale Infrastruktur der Stadt aufs Spiel“, kritisiert Kuschel. Für DIE LINKE trägt unbestritten das Land mit seinen Kürzungen erheblich zur städtischen Finanzmisere bei. Stadträte der CDU und SPD sind gefordert, sich bei ihrer Landesregierung für ein Umsteuern einsetzen. Es gibt aber auch hausgemachte Gründe, die der Bürgermeister zu verantworten hat.

DIE LINKE hat Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung in die Diskussion eingebracht, die bislang aber ohne ernsthafte Prüfung vom Bürgermeister und CDU sowie Pro Arnstadt abgelehnt wurden. Die Vorschläge beinhalteten sowohl Einnahmeverbesserungen und Strukturveränderungen als auch Veränderungen bei den Ausgaben.

So sieht DIE LINKE bei der Gewerbesteuer noch Reserven, ohne dass dadurch die Unternehmen tatsächlich zusätzlich belastet werden würden. „Die jüngsten Steuerentlastungen der Unternehmen wurden u.a. damit begründet, den Kommunen größere Räume bei der Erhebung der Gewerbesteuer zu eröffnen“, erläutert Frank Kuschel in diesem Zusammenhang.

Diese Möglichkeiten nutzt die Stadt nicht vollständig aus. Einsparpotenziale gibt es auch bei der Kreisumlage. Während die Stadt hoch verschuldet ist, hat der Landkreis Rücklagen in Höhe von 8,3 Millionen Euro, sechs Millionen mehr als die notwendige Mindestrücklage. Trotzdem wird eine Senkung der Kreisumlage und damit eine finanzielle Entlastung der Stadt abgelehnt und der Bürgermeister trägt diese Politik des Landrates als Mitglied des Kreistages kritik- und bedenkenlos mit.

„Nach Überzeugung der LINKEN wird die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt ohne Strukturveränderungen nicht zu sichern sein“, sagt Steffen Dittes. Unbestritten sind die Vorschläge der LINKEN nicht ohne jedes Risiko, würden aber andererseits die Handlungsfähigkeit der Stadt sichern. „Statt zu blockieren und Horrorszenarien zu malen, sollten sich der Bürgermeister und die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat an der konstruktiven Suche nach Lösungsmöglichkeiten beteiligen, anstatt sich der Arbeit zu verweigern.“

Die Stadtratsfraktion der LINKEN prüft, ob durch eine Leistungsklage beim Verwaltungsgericht Weimar der Bürgermeister zur Vorlage eines Haushaltsentwurfs gezwungen werden kann. „Die Stadt Arnstadt hat einen besseren Bürgermeister verdient, als einen, der letztlich durch ein Gericht gezwungen werden muss, seine Amtspflichten zu erfüllen“, so Dittes abschließend.

Historische Ereignisse – Zum Umgang mit Erinnerungen, Geschichtsfälschungen und runden Jahrestagen von geschichtlichen Ereignissen

Wenn es um historische Daten geht, die vierzig, fünfzig ja sogar sechzig Jahre zurückliegen, so wird die Zahl derer, die diese Zeit unmittelbar aus eigenem Erleben noch kennen, im Anteil zur Gesamtbevölkerung immer weniger. Ein natürlicher, biologischer Prozess.

In den Betrachtungen der im Jahr 2011 u.a. vor uns stehenden runden Jahrestage ragt das historischen Ereigniss 13. August 1961 hervor.

Was war vor fünfzig Jahren im „heißen Sommer“ des Jahres 1961? Diejenigen, die dieses Ereignis unmittelbar bewusst noch selbst erlebt haben, sind heute die Generation der 65- bis 70-jährigen und darüber hinaus. Somit kennen viele die Ereignisse des Jahres 1961 nur aus Geschichtsbüchern, Büchern, Filmen oder aus den Erzählungen der älteren Generationen.

Dies sind zum Teil doch recht unterschiedliche Sichten. Insbesondere, wenn es um Geschichtsbücher von heute und um so genannte „historisch belegte Dokumentarfilme“ geht. Um es klar zu formulieren, die Geschichtsfälscher haben Hochkonjunktur, wenn es um die Geschichte der DDR geht. Wir erlebten dies ja gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen der Oktobertage des Jahres 1990. Geschichte wurde für und durch die heute herrschende Auffassung „zurecht“ gemacht. Wie sollten sich auch die heute lebenden jüngeren Generationen, also die 1990 gerade geboren wurden, nunmehr als Zwanzigjährige ein Urteil bilden über das, was „zum Untergang“ der DDR führte.

Nunmehr rückt der 13. August 1961 – der 50. Jahrestag der „Einführung eines Grenzregimes zu Westberlin und der militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD“ – in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit der Geschichte der DDR. Es geht um den „Mauerbau“, um die Toten an dieser Grenze, von denen jeder Einzelne einer zu viel war. Dass auch Grenzsoldaten von denen, die auf der anderen Seite der Grenze standen, erschossen wurden, steht meistens „unter dem Kleingedruckten“, wenn überhaupt der Erwähnung wert.

Auch hier die offizielle Propaganda und Lesart nur über den sogenannten „Mauerbau“ und deren Opfer, über menschliche Schicksale, zumeist sehr rührselig berichtet. Diese Art von Propaganda bleibt nicht ohne Wirkung, sicher vorwiegend bei den jüngeren Generationen, aber auch bei denen, die diese Zeit noch miterlebten. Nicht umsonst sprechen wir von den Medien als einer dritten Macht, die die öffentliche Meinung im Sinne der Herrschenden zu verbreiten hat.

Wie souverän waren die BRD und die DDR in Sicherheitsfragen bis zum 3. Oktober 1990?

Wir meinen, es ist an der Zeit, sich etwas intensiver mit diesen Ereignissen zu beschäftigen – so wie sie nunmehr nach der Öffnung der Archive der DDR und der Sowjetunion, aber leider noch nicht derer in der BRD und den USA, zu belegbaren Erkenntnissen über den Sommer 1961 vorliegen.

Dazu veröffentlicht die SAZ in den Monaten Januar bis August 2011 eine Artikelserie unter dem Thema: „Der Kalte Krieg, Ursachen, Auswirkungen und Opfer“ die sich mit jenen Monaten des Sommers 1961 mit dem Blick auf einzelne Themenfelder beschäftigen werden.

Dieser Artikel bildet somit „den Einstieg“ zu dieser geplanten Artikelserie. Wir hoffen, damit ein Stück historische Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, ohne ein Geschichtsbuch schreiben zu wollen. Es geht uns nicht um eine Polemik mit den Geschichtsfälschern, die die öffentliche Propaganda beherrscht. Es geht uns um belegbare historische Fakten, die wir zu diesem Thema in kurzen Artikeln darlegen wollen:

Das 20. Jahrhundert, ein Jahrhundert der Extreme?

Welche Entscheidungen trafen der USA-Präsident J.F. Kennedy und der sowjetische Partei- und Staatschef N.S. Chruschtschow in Wien?;

Warum standen in den Sommermonaten des Jahres 1961 kriegserfahrene Militärs wie Marschall Konew an der Spitze der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR und warum stand auf der anderen Seite an der Spitze der US-Streitkräfte in der BRD der US-General Clay, der seine Kriegserfahrungen im Koreakrieg der fünfziger Jahre gesammelt hatte?

Wie souverän waren die BRD und die DDR in Sicherheitsfragen bis zum 3. Oktober 1990?

Welche Rolle spielte der sowjetische Vorschlag für eine „Freie Stadt Westberlin“ auf dem Territorium der DDR?

War Walter Ulbricht wirklich der Erbauer der Mauer zu Westberlin?

Was kosteten der Wirtschaft der DDR die Maßnahmen, die mit Wirkung vom 13. August 1961 in Kraft traten, wirklich?

Der 13. August 2011 in Deutschland – 20 Jahre ohne „Mauer“?

Wir hoffen, mit dieser geplanten Artikelserie, Nachdenken über Geschichte anzuregen, und mit den dargelegten Fakten in diesen Artikeln auch Argumente gegen Geschichtsfälschungen anzubieten. Leserbriefe zu diesem Thema und zu diesen Artikeln könnten zur Bereicherung unseres Anliegens beitragen.

Diese Artikelserie ist ein gemeinsames Projekt der IG Geschichte des Stadtvorstandes DIE LINKE.Suhl sowie der Gesellschaften GRH und ISOR Suhl.

Jochen Traut

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen:

kommt alle am 12. Dezember nach Kirchheim!

Die KirchheimerInnen brauchen und VERDIENEN unsere Unterstützung.

Am 12. Dezember – dem dritten Adventssonntag – werden voraussichtlich wieder Alt- und Neonazis das beschauliche Kirchheim mit ihrer unerwünschten Anwesenheit belästigen. Dieses mal ist es die sich selbst als „neue Rechte“ bezeichnende DVU, die in Kirchheim ihren Bundesparteitag veranstalten (und sich zugunsten der NPD abschaffen) will, einen so genannten „Verschmelzungs-Parteitag“: die DVU will, so sieht es ein vom Parteitag zu beschließender, Verschmelzungsvertrag vor, mit der rechtsextremen NPD fusionieren. Ursprünglich war der 28. November für diesen Parteitag vorgesehen, jedoch war der Versand der Einladungen an der beauftragten Versand-Firma offenbar gescheitert: „Gerade einmal 48 Stunden vor dem Bundesparteitag sagte die ‚Volksunion’ die Veranstaltung im thüringischen Kirchheim ab. Einen ‚Vertragsbruch’ beziehungsweise einen ‚Sabotage-Akt’ des beauftragten Versanddienstleisters, der dazu führte, dass viele Mitglieder ihre Einladung zu spät erhalten hätten, nennt die DVU-Spitze als Grund für die Absage.“ (Quelle: blick nach rechts. www.bnr.de).

Das Kirchheimer Bündnis gegen Rechtsextremismus wird diese erneute rechtsextreme Veranstaltung selbstverständlich nicht einfach so hinnehmen und eine Gegenveranstaltung organisieren. Unterstützung erhalten die KirchheimerInnen vom Bündnis gegen Rechtsextremismus Arnstadt, welches ebenso wie die KirchheimerInnen und Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. Arnstadt einen Infostand bzw. eine Kundgebung gegen Rechts für den 3. Advent in Kirchheim anmelden will. Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. Arnstadt melden einen gemeinsamen Infostand an und hoffen, von ihren Mitgliedern zahlreich unterstützt zu werden.

Also – liebe Genossinnen und Genossen: kommt alle am 12. Dezember gegen 10 Uhr nach Kirchheim! Die KirchheimerInnen brauchen und verdienen unsere Unterstützung (und, wer hat, kann gerne ein Weihnachtsmann-Kostüm anziehen und/oder einen Straßenbesen oder eine Schneeschaufel mitbringen). Der Winterkälte wird übrigens durch die KirchheimerInnen mit heißem Punsch getrotzt. Lasst uns den Faschisten zeigen, dass sie unwillkommen sind und vom Weihnachtsmann keine Geschenke, sondern höchstens eine Rute zu erwarten haben.

Sabine Berninger

149 Tote durch rechte Gewalt - Eine Veröffentlichung der Amadeu- Antonio-Stiftung

Seit der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 bis Ende 2009 sind nach Recherchen der Redaktion „Mut gegen rechte Gewalt“ und des Opferfonds CURA
der Amadeu Antonio Stiftung 149 Menschen durch die Folgen menschenfeindlicher Gewalt ums Leben gekommen. Die Liste ist immer wieder durch die Stiftung mit
neuen Fällen ergänzt worden, wenn glaubhafte Beweise für einen rechtsextremen oder rassistischen Hintergrund vorliegen. Alle Todesfälle wurden gründlich recherchiert. Die Liste kann so eine hohe Genauigkeit beanspruchen. „149 rechtsextreme und rassistische Todesfälle führen uns das ganze Ausmaß der rechtsextremen Bedrohung in Deutschland vor Augen. Die Todesfälle sind der traurige Höhepunkt rechtsextremer Gewalt, die in vielen deutschen Städten alltäglich ist. Leider bleiben viele Fälle in diesen offiziellen Statistiken der Bundesregierung unerwähnt oder sind in der einen präsent, während sie in der anderen fehlen.“, so Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung.

Rassistische Motive berücksichtigt

Oft waren die Täterinnen und Täter in rechtsextremen Gruppen organisiert und sind mit ihrer Tat einer menschenfeindlichen, rassistischen, homophoben oder obdachlosenfeindlichen Gesinnung gefolgt. Manchmal haben sie aber auf den ersten Blick keinen offensichtlichen rechtsextremen Hintergrund, sondern handelten auf der Grundlage einer rassistischen Einstellung oder eines
rechtsextremen Weltbilds. Aufnahme in diese Liste fanden folglich alle Mordfälle, die nach gründlicher Sichtung der Quellen aus rechtsextremen und rassistischen
Motiven (hierzu zählt auch der Hass auf 'Andersartige', 'Fremde' oder 'Minderwertige') erfolgten oder wenn plausible Anhaltspunkte für diese Annahme bestehen.
Die Todesopfer rechter Gewalt sichtbar machen „Es müssen auch die Taten hinzugezählt werden, denen rassistische Motive zu Grunde liegen, ohne dass Täterinnen oder Täter auf den ersten Blick als Rechtsextreme zu erkennen wären“, so Reinfrank. „Denn auch sie sind Opfer menschenfeindlicher Gewalt und wir wollen nicht, dass sie vergessen werden.“ Ein solcher Fall ist auch der Mord an dem Namensgeber der Amadeu Antonio Stiftung. Amadeu Antonio wurde am 24. November 1990 in Eberswalde von einem Mob rassistischer Jugendlicher zu Tode geprügelt. Diese Tat löste bundesweit Bestürzung aus. Kiowa ist eines der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Seit ihrer Gründung bemüht sich die Stiftung die Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

(Quelle: Pressemitteilung der Amadeu-Antonio-Stiftung)

Boulevard, Frau Rice und die wundersame Biegsamkeit der Wahrheit

Westerwelle ist arrogant und unfähig, Merkel wie Teflon, Putin ein Alpha-Rüde und Seehofer unberechenbar. Die Welt ist geschockt! Solche Wahrheiten sind natürlich nur aus geheimen US-Dokumenten zu erhalten und die ganze Medienwelt stürzt sich begierig auf die, durch die Internetplattform Wikileaks veröffentlichten Datensätze. X ist unberechenbar, Y übergewichtig und Z steht auf üppig ausgestattete blonde, ukrainische Krankenschwestern. Es gibt kaum Wichtigeres im Moment, die politische Presse, die politischen Medien verkommen zum schlechten Boulevard. Spiegel oder Bunte, Focus oder Super Illu, FAZ oder Apothekenrundschau, TA oder Bäckerblume, wo ist der Unterschied, außer im Preis?

Da werden abertausende vertraulicher, geheimer und sonst wie klassifizierte Dokumente der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht und was bekommt der Bürger „journalistisch seriös“ aufgearbeitet? Den Gossenklatsch aus den Hinterhöfen der US-Botschaften.

Dabei bieten die veröffentlichten Dokumente viel viel mehr. Interessiert man sich nicht für profanen Klatsch und Tratsch sondern geht mit echtem politischen und historischen Interesse an die gezielte Durchsicht der Dokumente, eröffnet sich dem Leser ein faszinierender Einblick in die Welt des Lugs und Trugs auf der die Diplomatie der so genannten „Freien Welt“ beruht.

Ein paar Beispiele gefällig?

Nun, nichts leichter als das!

Schauen wir doch einfach mal auf den 08.08.08, ein Tag, an dem sich in vielen Ländern dieser Welt mehr Paare trauen ließen als an einem „Allerweltstag“, ein Tag aber auch, der den Bewohnern des Kaukasus und denen Südossetiens im Besonderen wohl ewig in Erinnerung bleiben wird.

Am frühen Morgen amerikanischer Ostküstenzeit kabelt die Botschaft der Vereinigten Staaten im georgischen Tbilissi an die wichtigsten Regierungsstellen der Heimat einen Bericht über die Vorkommnisse in Georgien und Südossetien in der Nacht vom 07. auf den 08.08.2008. Sie stützt sich dabei auf direkt von OSZE-Mitarbeitern in Südossetien aber auch von georgischen Militärs im Kampfgebiet erhaltene Angaben. Die Botschaft teilt mit, dass um 23.35 Uhr lokaler Zeit am 07.08.2008 das georgische Militär mit einem Angriff auf Südossetien und besonders die Hauptstadt Zhinvali begonnen hat und dabei schwere Mörser und Raketenwerfer, auch bekannt als Katjuschas oder Stalinorgeln (je nachdem, auf welcher Seite man stand 1941 bei Orscha), gegen das Stadtgebiet eingesetzt wurden.

Nun, die Aussage der Botschaft ist eindeutig und wir alle erinnern uns gut an die Reaktion der US-Regierung. Diese schickt ihre Außenministerin C. Rice vor die internationale Presse, um den georgischen Angriff auf eine schlafende Stadt zu verurteilte, einer Stadt, der nur 4 Stunden und 35 Minuten vor dem Angriff über Radio und Fernsehen vom US-amerikanischen Staatsbürger und georgischen Präsidenten Saakaschwili Frieden und ein Schweigen der Waffen zugesichert worden war.

Oh, Moment!

Das wäre die Reaktion, die man als ehrlicher Mensch erwarten sollte. Doch es kam ganz anders. Die offizielle Vertreterin der US-Regierung beschuldigte Südossetien und Russland eines Angriffs und verstieg sich sogar zur Behauptung einer russischen Invasion in ein unabhängiges Land. Die USA stehen fest an der Seite ihres Verbündeten Georgien.

Nun, was war geschehen?

Vielleicht hatten sich die Regierungsvertreter ja verlesen, irgendetwas falsch verstanden? Oder hatte G. W. Bush, US-amerikanischer Staatsbürger und Präsident seines Heimatlandes mal wieder irgendwas falsch formuliert (US-Medien gehen allerdings eher davon aus, dass besagter Bush zu diesem Zeitpunkt mehr damit beschäftigt war, herauszufinden, ob nun schon russische Panzer in Atlanta sind oder nicht – Verdammt, wer benennt denn aber auch ein altes Kulturland im Kaukasus genau wie den ehemaligen Konföderiertenstaat Georgia)?

Nun, nehmen wir einfach mal an, es war ein Irrtum, der jedem Menschen und jeder Gruppe von Menschen unterlaufen kann, betrachten die nächste Quelle und hoffen auf Besserung.

Am amerikanischen Morgen des 09.08.2008 kabelt die US-Vertretung in Tbilissi basierenden auf Informationen von Seiten georgischer Militärs Folgendes in die Heimat: Russische Bomber haben versucht georgische Artillerie-Stellungen außerhalb der Stadt Gori (die im indirekten Richten südossetisches Territorium beschossen) zu zerstören, dabei kam es zum Irrlauf einer Bombe, die im Stadtgebiet von Gori niederging und verlassene Geschäfte und Häuser traf. Es gab keine Opfer, weder Tote noch Verletzte. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass Herr Saakaschwili medial den Vorfall als russischen Terror gegen die georgische Zivilbevölkerung mit hunderten von Toten verwerte.

Ein neuer Tag, eine neue Chance. Frau Rice tritt erneut vor die Presse, entschuldigt sich vor der Weltöffentlichkeit für ihren Irrtum vom Vortag und fordert alle am „bewaffneten Konflikt“ (mask., der, Politsprech, Synonym: Krieg) beteiligten Seiten zur militärischen wie auch verbalen Mäßigung auf.

Aber nein, so war es dann eben doch auch wieder nicht. Vielmehr wurden die Lügen des Landsmannes aus Georgia (also das im Kaukasus) übernommen und der terroristische Angriff Russlands mit unzähligen zivilen Opfern auf das Schärfste verurteilt (Gerüchten zufolge war bei der Ausstrahlung dieser Rede ein bitteres Gelächter über Novi Sad, Belgrad, Bagdad und Basra und so mancher anderen Stadt dieser Welt zu hören). Es waren keine Irrtümer, es war Strategie, es waren keine Fehlinformationen, es war bewusste Lüge – es war westliche Diplomatie. Offensichtlich spielt die Wahrheit – auch wenn sie von eigenen Stellen berichtet wird – keine Rolle in der Außenpolitik der selbsternannten Schutzmacht der „Freien Welt“.

Aber irgendwie habe ich das Gefühl, um das zu erkennen, hätte zumindest ich die Wikileaks-Dokumente dann doch auch nicht mehr gebraucht. Und Y und Z sind mir irgendwie sympathisch....

Erika

Internationalismus an Ilm und Gera

Die Welt ist ein Dorf, dieses geflügelte Wort ist wohl noch deutlich älter als die erste Definition der kapitalistischen Globalisierung im Marx-Engelsschen Manifest. Gut 140 Jahre bevor die Globalisierungskritik neu erfunden und als moralisches Patent von Attac eingetragen wurde, beschrieben Marx und Engels sowohl im Manifest, wie auch in den Vorgängerpapieren, die Grundmechanismen kapitalistischer Globalisierung, deren Konsequenzen aber auch erste Strategien gegen deren Auswüchse.

Doch wie stellt sich die linke politische Realität und der Umgang mit dieser so alten Erkenntnis auf der grundlegenden Ebene der Partei, der Ebene der Basisorganisationen, der Stadt- und Kreisverbände dar? Sie sind im Großen und Ganzen inexistent. Die internationalistische Anbindung der Partei und jedes einzelnen Mitglieds erschöpft sich in der Abführung einen Beitrages an die Europäische Linke, jener diffuse Entität, die in undefinierbaren Sphären irgendwo in und um Brüssel existiert und die sich alle paar Jahre im Gefolge von paneuropäischen Wahlkämpfen kurzfristig materialisiert, um dann ebenso schnell wieder in mythische Gefilde zu entfleuchen, nicht ohne bei so manchem Genossen einen schalen Nachgeschmack ob des von MdEPs der Europäischen Linken Gehörtem zu hinterlassen.

Wollen wir als Linke, sei es drum ob parteilos oder parteiisch, weiter existieren, politisch agieren und vor allem einen realistischen Weg in eine sozialistische Gesellschaft finden, müssen wir den Weg zurück zu den alten Wahrheiten bezüglich der Globalisierung finden und den einzigen gangbaren Weg nutzen, den Weg der Information und der internationalen Vernetzung, die früher einmal viel treffender Solidarität und Zusammenarbeit hieß. Die Europäische Linke ist - oder besser - wäre eine gute Möglichkeit, wenn wir sie denn auch nutzen würden und sie nicht nur eine leblose Nebenerscheinung des Europäischen Parlaments wäre.

Welcher Genosse weiß eigentlich, welche Parteien in der EL organisiert sind, wo deren politische Standpunkte stehen, wie stark sie in ihren Heimatländern sind und wie sich diese Bruderparteien in internationalen Fragen positionieren?

Vor gut einem Jahr stand die mit der EL assoziierte Kommunistische Partei Böhmens und Mährens so nah vor einem Verbot durch die fiskalische Hintertür wie nie zu vor in ihrer Geschichte, die EL schweigt, die bürgerlichen Medien sowieso. Der Linke in der Linken weiß von nichts. Ebenfalls vor einem Jahr bricht die Krise in Griechenland zum ersten mal deutlich hervor, die kommunistische Partei Griechenlands (KKE) stellt sich an die Spitze des Widerstands gegen die Bezahlung der Krise des Kapitals durch die Arbeit. Hat irgendeiner der Leser dieses Papiers von der Europäischen Linken, für die er Beitrag zahlt irgendeine umgehende Positionierung der EL gehört oder gelesen oder wurde grundlegend darüber informiert, welche Kämpfe unsere griechischen Genossen ausfechten müssen? Während die griechischen Genossen kämpfen – und auch starben – bleiben die deutschen Mitglieder der selben Partei uninformiert und fallen nach intensivstem medialen Bombardement sogar in die gutbürgerlich-deutschnationale Mär von Deutschland als Zahlesel für die „faulen Griechen“ ein. Angemerkt sei noch, dass der Einsatz der KKE vom griechischen Wähler bei den Kommunalwahlen vor wenigen Wochen mit dem besten Wahlergebnis seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 belohnt wurde – dazu gratuliert haben übrigens die KPs Russlands, der Ukraine, Algeriens, Mexikos und Schwedens, die EL – also wir – schwiegen.

Das es sich im Falle der sogenannten Finanzkriese Irlands gerade genauso abspielt wie im Falle Griechenlands, muss wohl nicht noch betont werden – eher schon der Fakt, das es den Iren, auch als Spätfolge kolonialer Politisierung und erzkatholischer Sozialisierung, an einer schlagkräftigen linken, oder gar kommunistischen Partei mangelt. Wäre es nicht gerade Aufgabe der EL ihre Mitglieder über die Vorgänge in Irland zu informieren und dem erneuten Gefasel vom der durch Europa gemolkenen Deutschen Kuh vorzubeugen?

Eine Partei, auch die EL ist immer nur so stark wie Ihre Mitglieder, es gilt nun zu begreifen, dass wir mit der EL ein schlagkräftiges Mittel in der Hand haben, dem wir jedoch auch Leben einhauchen müssen, wollen wir als Linke in der internationalisierten kapitalistischen Welt überleben und diese auch irgendwann überwinden.

Und jenen, die immer noch nicht verstanden haben, dass der sprichwörtliche Reissack in China für uns politisch genauso wichtig und entscheidend sein kann, wie eine 380 KV Leitung durch den Thüringer Wald, ein Verkehrskonzept für die Stadt Arnstadt oder sonst ein kommunal- oder regionalpolitisches Problem, dem sei es mit einem ganz einfachen und simplifizierten Beispiel deutlich gemacht, wie „Globalisierung“ auch uns betrifft: Wenn demnächst mal wieder ein AIRBUS – sagen wir ein A340 – irgendeiner hinterindischen Luftlinie ein Rolls-Royce-Triebwerk verliert und daraufhin alle diese Triebwerke gegen jene eines anderen Produzenten ausgetauscht werden, dann kann es ganz schnell passieren und bei Arnstadt steht plötzlich eine Vorzeigefabrik leer und 500 Leute sind ihren Arbeitsplatz los, denn gewartet werden die Triebwerke auch in Arnstadt.

Die Welt ist ein Dorf und wollen wir in diesem Dorf etwas grundsätzliches ändern, dann müssen wir aufhören, nur bis zu unsere Haustür und maximal bis zum Ende der eigenen Gasse zu schauen. Solang dies nicht geschieht, wird die Aufforderung der griechischen Genossen, prägnant formuliert an einem der Geburtsorte der Demokratie, „Peoples of Europe rise up!“ - „Völker Europas steht auf!“ nur ein frommer Wunsch bleiben. Und solang wird eine der aktivsten linken Parteien, die KKE, auch der EL gegenüber skeptisch bleibe. Und dies mit guten Grund!

Dass, bei aller Kritik und Selbstkritik, unsere Partei und ihr Umfeld den Internationalismus als politisches Mittel noch nicht zur Gänze verlernt hat, beweist auf das Eindringlichste und Erfreulichste „Cuba Si“ von Tag zu Tag neu. Gelingt es uns eine solche Intensität und Regsamkeit auch im Falle der EL und darüber hinaus an den Tag zu legen, dann gäbe es vielleicht doch noch Grund für politischen Optimismus.

Erika

Termine im Monat Dezember

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

06.12.10	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
08.12.10	19.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

Basisorganisationen:

07.12.10	09.30 Uhr	Basisvorsitzende nördlicher Ilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6;

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

15.12.10	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt; Stadthalle
19.12.10	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus
22.12.10	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

Fraktionssitzungen:

07.12.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle
10.12.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topf-
13.12.10	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritter-
21.12.10	10.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topf-

**Wenn die Welt
eine Bank wäre,
hättet Ihr sie schon längst
gerettet!**

Weitere Veranstaltungen:

04.12.10	09.30 Uhr	Kreismitgliederversammlung. Stadtilm; Rathaussaal
11.12.10	14.30 Uhr	Weihnachtsfeier. Arnstadt, Kohlgasse; Bachhaus mit anschließender Feier im Gärtnerhäuschen
12.12.10	10.00 Uhr	Anti-Nazi-Demonstration. Kirchheim
15.12.10	15.00 Uhr	Renten- und Mietensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
13.12.10	18.00 Uhr	Veranstaltung der R-S-L Stiftung „Mit Hartz IV Leben“ Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausclub
		Januar
03.01.11	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
03.01.11	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
4.01.11	09.30 Uhr	BO-Vorsitzende nördlicher Ilm-Kreis. Arnstadt. Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

**Allen Leserinnen und Lesern
ein friedliches Weihnachten
und einen guten Rutsch
ins Jahr 2011!**